

Neuer Streit um Namibia

Hinter dem Rücken von Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl wieder einmal eine Wende in Bonns Südafrikapolitik verlangt. Die Bundesrepublik sollte sich aus der westlichen Kontaktgruppe für Namibia zurückziehen. Im Auftrag der Uno bemüht sich das Gremium (USA, Großbritannien, Kanada und die Bundesrepublik) seit acht Jahren, eine Lösung für die Unabhängigkeit des von Südafrika beherrschten Südwest-Staates zu finden, und fordert freie Wahlen in Namibia „unter Aufsicht und Kontrolle“ der Uno. Statt dessen, drängt der CSU-Chef, solle Bonn im Alleingang die von Pretoria abhängige „Übergangsregierung“ Namibias anerkennen. Genschers Auswärtiges Amt und die Verbündeten halten die Marionetten-Regierung in Windhuk jedoch für „null und nichtig“.

Geld gegen Gastarbeiter

Der Wunsch der Türken, möglichst bald der EG beizutreten, stürzt die Gemeinschaft in schwere Konflikte. Noch in dieser Woche soll die Kommission in Brüssel Vorschläge unterbreiten, wie mit den Türken weiter verfahren wird. Besonders die Griechen opponieren gegen



Türkische Gastarbeiter (auf dem Nürnberger Busbahnhof)

eine Integration ihres Nachbarn. Aber auch die anderen Mitgliedstaaten wissen nicht, wie die Gemeinschaft nach Spanien und Portugal nun den Beitritt des noch ärmeren Landes verkraften soll. Sie bauen auf das Geschick der Brüsseler Beamten, die Teile des 1963 geschlossenen Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EG neu verhandeln wollen. Vor allem Bonn hofft, daß sich die Türken den Verzicht auf die vom 1. Dezember an fällige Freizügigkeit für ihre Arbeitnehmer abkaufen lassen. Eine Finanzhilfe von 600 Millionen Ecu

(1,3 Milliarden Mark), die seit dem Militärputsch 1980 blockiert ist, könnte lockergemacht werden, wenn die Türken versprechen, weniger Bürger ausreisen zu lassen.

Blech-Lobby

Umweltminister Friedrich Zimmermann wird nicht nur von wirtschaftsfreundlichen Abgeordneten aus den eigenen Reihen bedrängt, seinen Entwurf für ein Abfall-Gesetz zu entschärfen. In einem Brief forderte auch der SPD-Bundes-

„Pflege unserer Beziehungen“

Über ein Jahr lang brauchte Helmut Kohl, um einen alten Schulfreund aus der Pfalz endlich auf einem lukrativen Posten im Bonner Auswärtigen Amt unterzubringen: den früheren Ludwigshafener Schullehrer und späteren Leiter der deutschen Schule in Brüssel, Lothar Wittmann, 53. Bereits im Dezember 1984 hatte Kohl vergeblich versucht, seinen alten Spezi, dem er „Heftigkeit, Eleganz, Mut und Entschiedenheit“ bestätigte, beim Goethe-Institut als stellvertretenden Generalsekretär unterzubringen. Jetzt mußte Außenminister Hans-Dietrich Genscher den erklärten Gegner einer liberalen Kulturpolitik vom 1. März an als Leiter des Referats 612 (Auslandsschulen, Schulwesen) akzeptieren.

Der Personalrat des Auswärtigen Amtes hatte am 6. Februar 1986 bei Genscher gegen die Vetternwirtschaft protestiert. „Aus der Biographie Herrn Dr. Wittmanns ist dem Personalrat, abgesehen von einigen Bezugspunkten zum Raum Ludwigsha-



Kohl-Freund Wittmann

fen, nur bekannt, daß er die Prüfungen für das höhere Lehramt abgelegt und in Brüssel sowie in Ludwigshafen im Schuldienst tätig war. Es gibt keine Anhaltspunkte, daß und ge-

gebenfalls auf welche Weise Herr Dr. Wittmann die Befähigung für den höheren Auswärtigen Dienst erworben haben könnte.“

Personalrat ebenso wie die Dienststelle, merkte Personalratsvorsitzender Uwe Schramm an, seien verpflichtet, „darüber zu wachen, daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen“, unter anderem wegen „Herkunft“ oder „politischer Betätigung“ oder „Einstellung“, nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz zu unterbleiben habe.

Der Protest war vergebens. Genscher verwies am 24. Februar „auf einen Aspekt . . . der auch dem Personalrat sehr am Herzen liegen dürfte: Dies ist die Pflege unserer Beziehungen zum Parlament.“ Der „berechtigten Forderung aus dem parlamentarischen Raum“ möchte sich der Freidemokrat nicht entziehen, stammte der Wunsch doch von MdB/CDU Helmut Kohl (Ludwigshafen-Oggersheim). Und der hatte, so erzählt Wittmann gerne, den Bewerber vor Jahren „in der Straßenbahn, auf der Fahrt zur Universität nach Heidelberg . . . für die Christdemokraten geworben“.